

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Abtheilung 16.)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Syndler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Breslau bei Emil Anhalt.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. J. Hanke & Co. —
Hanselstein & Pögl, —
Kudolph Meißner.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Zentralblatt.“

Nr. 83.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Mittwoch, 3. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1875.

**Abonnements auf die Posener Zeitung pro
Monat Februar und März werden bei allen
Postanstalten zum Preise von 1 Thlr. 6 Sgr.
4 Pf., sowie von sämtlichen Distributoren
und der unterzeichneten Expedition zum Be-
trage von 1 Thlr. entgegen genommen, worauf
wir hierdurch e gebest aufmerksam machen.
Expedition der Posener Zeitung.**

Amtliches.

Berlin, 2. Februar. Der König hat den Ober-Förstmeister Tra-
mitts zu Piesnitz zum Ober-Förstmeister und Mitbirtig. der Finanz-Ab-
theilung einer Reitercompagnie; den Förstmeister Freiherrn von der Nöck
zu Winden zum Ober-Förstmeister; den Kreisger. Rath Limberger in
Rassel zum Appellationsgerichts-Rath in Kiel; sowie den Pastor Geis-
ler in Oppeln zum Superintendenten der Diöcese Oppeln, Regbezirk
gleichen Namens, ernannt.

Der Ober-Förstmeister Trautmanns zu Piesnitz ist zur Regierung
in Breslau und der Ober-Förstmeister Freiherr von der Nöck in Win-
den zur Regierung in Piesnitz versetzt.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 2. Februar. Die Meldung der „Neuen freien Presse“,
daß die Verhandlungen in Betreff der rumänischen Zollkonvention be-
reits zu einem Abschluß gediehen seien, wird von gut unterrichteter
Seite als wesentlich verfehlt bezeichnet.

Wien, 2. Februar. Gestern Abend hat bei dem Minister des
Auswärtigen, Grafen Andrassy, ein glänzendes Ballfest
stattgefunden, an welchem außer den hier akkreditirten Völkern,
den Ministern, dem Kardinalbischof Rauscher und dem gesamten
diplomatischen Corps auch der Kaiser und alle hier anwesenden Mit-
glieder des kaiserlichen Hauses Theil genommen haben.

Pest, 1. Februar. [Unterhaus.] Bei der heutigen Fortsetzung
der Budgetdebatte ging Lombay auf die Ursachen der gegenwärtigen
ungünstigen Finanzlage zurück und sprach sich dahin aus, daß das vor-
handene Defizit nicht durch Kreditoperationen, sondern nur durch
Herabminderung der Ausgaben und durch Erhöhung der Einnahmen
gedeckt werden könne. Namentlich seien bei den Ausgaben für das
Unterhaus, für die Ministerien für Kroatien, für das Justizministerium
[durch Verringerung der Gerichtshöfe und Einführung des Instituts
der Friedensrichter] und für die Honved-Armee Ersparnisse recht wohl
erzielbar, während an solche bei den Ausgaben für das gemeinsame
Heer allerdings nicht wohl gedacht werden könne. Was die Erhöhung
der Einnahmen anbelange, so müsse vorzugsweise eine Erhöhung der
Zollentrafen ins Auge gefaßt werden; nicht minder notwendig sei
eine Regelung des Bankwesens und der Valuta, wenn schon ein freies
Banksystem nicht rathsam und auch die Beibehaltung der Einheit der
Banknotenform geboten erscheine. Der Handelsminister Barta repli-
cierte demnach auf die in der Sonnabendssitzung von Senneby ge-
haltene Rede, wies nach, daß auch der ungarische Reichstag einen
Theil der Schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen trage und gab
die Versicherung ab, daß sofort nach Erledigung der Budgetvorlage
zur Revision der Zoll- und Handelsverhältnisse geschritten werden solle.
Die Rede des Handelsministers wurde beifällig aufgenommen.

Haag, 2. Februar. Einer der Regierung unter dem 26. Januar
zugegangenen offiziellen Berichte aus Athen zufolge haben die
holländischen Truppen daselbst ihre Fahne auf Boelestafos aufgesteckt
und eine neue besetzte Stellung bei Poengeblangtoet eingenommen,
ohne dabei auf Widerstand seitens der Eingeborenen zu stoßen. Die
Verbesserung verlangt allgemein Frieden, nur die Führer sind noch
für die Fortsetzung des Krieges.

Bern, 2. Febr. Aus Veranlassung der Weigerung des hiesigen
katholischen Pfarrers Peronaz, den liberalkatholischen
Professoren Friedrich, Geogens und Girschwaelber die ihnen vom
Gemeinderath bewilligte Ausübung gottesdienstlicher Funktionen
in der katholischen Kirche zu gestatten, hat der Gemeinderath
zunehmend die Staatsbehörde um sofortige Intervention ersucht.

Verfaillé, 2. Jan. Die Nationalversammlung nahm
heute das gestern vom Deputirten Wallon eingebrachte Amendement
mit 449 gegen 249 Stimmen an. Die Sitzung wurde darauf auf-
gehoben.

London, 2. Febr. Bei der morgenden Wahl eines neuen
Führers für die liberale Partei wird Bright den Vorrang
haben. Sir W. E. Forster hat seine Kandidatur um die Führer-
stelle aufgegeben, die Wahl des Marquis von Hartington scheint dem-
nach zweifellos.

Christiania, 2. Febr. Das norwegische Storting ist
heute eröffnet worden. Die Thronrede kündigt Gesetzesvorlagen,
betreffend den Anschluß an die dänisch-schwedische Münzkonvention
und betreffs Einführung des metrischen Maß- und Gewichts-Sy-
stems an.

Konstantinopel, 2. Febr. Die Regierung hat das ihr durch
den englischen Botschafter übermittelte Gesuch einer Deputation der
evangelischen Allianz abgelehnt, welche eine Audienz beim
Sultan erbeten hatte, um ihm eine von zahlreichen hervorragenden
Persönlichkeiten aller europäischen Länder unterzeichnete Adresse, be-
treffend die Religionsfreiheit in der Türkei, zu überreichen.

Bukarest, 2. Febr. In der Sitzung des Senats wurde heute
vom Ministerium die diplomatische Korrespondenz betreffend die Re-
gulierung der Donau am eisernen Thor vorgelegt. Der Senat
beschloß darauf einstimmig, dem Ministerium ein Vertrauensvotum zu
ertheilen.

Washington, 2. Febr. Die Staatschuld der Vereinigten
Staaten hat sich im Monat Januar um 1,397,000 Dollars vermehrt.
Im Staatschatz befanden sich am Schlusse des Monats 69,465,000
Dollars in Gold, 10,343,000 Doll. in Papier. — Schatzsekretär Tri-
low macht die am 1. Mai e. erfolgende Einführung von 12 Millionen
Dollars der 2½er Bonds bekannt; unter denselben befinden sich 3 Mill.
eingetragte Bonds.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 2. Februar. Der Kultusminister hat sich in einer
Versammlung an die Provinzial-Schul-Collegien über die Grundsätze
ausgesprochen, welche bei Aufstellung des Etats für die Unterrichts-
bedürfnisse der Seminare zu beobachten sind. Hinsichtlich
des Umfangs der Bedürfnisse sei festzuhalten, daß jedes Schullehrer-
Seminar im Besitze derjenigen Lehrmittel sein müsse, welche nöthig
sind, damit der im Lehrplane der Anstalt vorgeschriebene Unterricht
dem Zwecke derselben entsprechend ertheilt und die ihr zufallende er-
ziehlische Aufgabe gelöst werden könne. Weiterhin wird der Beachtung
empfohlen, daß der Seminarunterricht in noch höherem Grade als
jeder andere auf dem Wege der Anschauung, des Experiments und der
geordneten Lectüre vermittelt werden muß; dieser Weg ist dem Semi-
nar noch besonders auch durch die künftige Bestimmung seiner Bg-
linge vorgezeichnet, welche später nicht nur mit Lehrmitteln umzugehen,
sondern dieselben auch zum Theil selbst herzustellen im Stande sein
sollen. Das Lehrmittelinventar eines Seminars muß daher über den
engen Kreis dessen, was im Unterrichtsbetriebe der Anstalt selbst un-
entbehrlich ist, hinaus erweitert werden und bei aller Sparsamkeit
doch nur aus guten, sorgfältig gearbeiteten Exemplaren bestehen.
Es dürfen aber dabei die Grenzen der Volks- und Mittelschule nicht über-
schritten und es muß sorgfältig vermieden werden, die Seminare zu
Versuchsfeldern und Museen für alle neu auftretenden Lehrmethoden
und Lehrmittel zu machen. Neben den eigentlichen Lehrmitteln und den
Lehrgeräthen bedarf das Schullehrer-Seminar einer guten Bibliothek
für die Seminarlehrer, die Seminaristen und wo möglich auch für die
Seminarwärter. Die Sorge dafür ist eine wesentliche Voraussetzung
für die Erreichung des Unterrichtszweckes der Anstalt selbst. Da sich
die meisten Seminare in kleinen Orten befinden, wo die Lehrer
außerhalb ihres engeren Amtskreises wenig geistige Anregung und noch
weniger die Mittel zu einer planmäßigen Weiterbildung finden, so
muß ihnen die Gelegenheit dazu in der Anstalt selber geboten werden.
Selbstverständlich ist erforderlich, daß die Anschaffung der Bücher nach
einem bestimmten Plane erfolge. Die Bibliothek wird auch der Zeit-
schriften nicht ganz entbehren können und werden namentlich diejenigen
zu berücksichtigen sein, welche einen bleibenden Werth in Anspruch
nehmen dürfen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ findet sich zu folgender Auslassung
bewogen:

Das „Journal des Débats“, das leider zu dem Niveau frö-
herer journalistischer Bedeutung sich nicht mehr erheben zu können
scheint, nimmt in seiner Nummer vom 30. als feststehend an, daß der
Titel eines diplomatischen Agenten von Frankreich anerkannt sei, wobei
das Blatt für alle diejenigen, welche es nicht kontrollieren können, sich
auf das Reglement des Wiener Kongresses vom 19. März 1815 (h) be-
ruft, und daß danach jener Titel einen Vorrang gewährt. Glück-
licherweise ist die französische Regierung erleuchteter und sachkundiger
als diese französische Zeitung. Denn auch bei ersterer besteht kein
Zweifel, daß ein Generalkonsul, welcher den Titel „diplomatischer
Agent“ führt, keinen Vorrang zu beanspruchen habe vor solchen Kol-
legen, denen ihre resp. Regierungen jenen Titel nicht beilegt haben.

— Zur Abstattung persönlicher Meldungen sind eingetroffen: der
Generalleutnant v. Bernhadi, bisher Commandeur der 10.
Cavallerie-Brigade, welcher unter Beförderung zu dieser Charge mit
dem Range eines Divisions-Commandeurs zu den Offizieren von der
Armee versetzt worden, aus diesem Anlaß von Posen und der Oberst
v. Bastineller, bisher Bataillons-Commandeur im 5. rheinischen
Infanterie-Regiment Nr. 65, welcher unter Beförderung zu dieser
Charge zum Commandeur des 3. niederschlesischen Infanterie-Regiments
Nr. 50 ernannt worden, aus diesem Anlaß von Köln.

— Der deutsche Juristentag wird in den Tagen vom 26. bis
29. August in Nürnberg tagen. Der Nürnberger Magistrat hat auf
ein Schreiben Professor Gneiss', welches ihm von dieser Absicht Mit-
theilung machte, die Idee mit Freuden begrüßt und den großen, alt-
schönwürdigen Rathhauseaal, in dem das berühmte Friedensabge-
halten wurde, für die Versammlung bewilligt. Am zweiten Pfingstfeiertage wird sich
in Nürnberg die ständige Deputation des Juristentages zu einer Vor-
besprechung versammeln.

— Ein Hauswirth, der gegen seinen Miether einen Ermis-
sionsprozeß eingeleitet und während der Dauer dieses Prozesses in die
Wohnung des Miethers eindringt, wird nach einem Erkenntniß des
Obertribunals vom 6. Januar c. wegen Hausfriedensbruches be-
straft, auch wenn der Miether schließlich zur Räumung der Woh-
nung verurtheilt wird.

— Prof. Birchow richtet mittelst der „Klinischen Wochenschrift“
einen Aufruf an seine ärztlichen Kollegen, sich bei Aufstellung der
Lebensgeschichte einer strengeren wissenschaftlichen Terminologie
zu befleißigen, um den allseitig gedrückten Wunsch nach Errichtung
einer umfassenden ärztlichen Statistik und obligatorischen Leichenschau
seiner Verwirklichung näher zu bringen. Prof. Birchow verweist in dem

Aufruf auf die ungeheuren, fast unüberwindlichen Schwierigkeiten,
denen das städtische statistische Amt bei der Bearbeitung der Berliner
Sterblichkeit für einige Jahrzehnte begegnet, bloß weil auf den Todten-
scheinen die wissenschaftliche Bezeichnung der Todesursache oder doch
der letzten Krankheit fehlt oder weil an die Stelle herkömmlicher und
bekannter Namen willkürlich gemachte neue und unbekannte gesetzt
werden. Gerade in der heutigen Zeit, schließt Professor Birchow seine
Mahnung, wo dem ärztlichen Stande so viele Gefahren drohen, müsse
daran erinnert werden, daß die wirklichen Ärzte jede Anstrengung
darauf zu verwenden haben, auch in den kleinen Dingen ihre wissen-
schaftliche Stellung zu zeigen, und daß es das erste Zeichen eines
wissenschaftlichen Mannes sei, die Sprache der Wissenschaft zu
reden.

DN. Durch das neue Zivilgesetzbuch ist bisher der Hebeam-
stand und insbesondere hart betroffen worden, insofern die bisher üblichen
Abgaben für Trauung und Tausch mit vier resp. zwei Groschen von
Denenjenigen, die seit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes auf die kirch-
lichen Handlungen verzichteten, selbstverständlich unerlegt bleiben. Der
den Hebeammen hiezu erwachsene Ausfall ist ein so beträchtlicher,
daß die Regierung bezüglich ihrer an einen anderweitigen Unter-
stützungsmodus hat denken müssen. Es soll demgemäß in Zukunft die
Erhebung jener Gebühr den Geistlichen überhaupt abgenommen werden,
schon um den kirchlichen Trau- und Taufakt nicht noch mit Neben-
gebühren zu belasten. Den Standesbeamten die betreffende Funktion zu
überweisen, ist schon deshalb unthunlich, weil die eigenen Verhan-
dungen derselben kosten- und stempelpflichtig erfolgen. Besondere Ein-
schränkungsorgane aber würden kaum durch den gesammelten Ertrag der Ab-
gabe zu bestreiten sein. Unter diesen Umständen soll die erforderliche
Unterstützung den Hebeammen vorläufig aus den bei den einzelnen
Regierungen angesammelten Hebeammenunterstützungsfonds genährt
werden, bis künftighin die Uebertragung des gesammelten Hebeammen-
wesens auf die Provinzen zur Ausführung gelangt sein wird.

Strasburg (Westr.), 31. Januar. Das polnische Vereins-
wesen nimmt im hiesigen Kreise immer größere Dimensionen an.
Abgesehen von dem hier schon seit mehreren Jahren bestehenden pol-
nischen Vorwärts Verein, der sich dem Ansehen nach von Politik fern
gehalten hat, sind in ganz kurzer Zeit in Lautenburg, Gorzow, Gorn-
rath, Radost und Gr. Butow polnische landwirthschaftliche Vereine
gegründet worden. Daß es sich hierbei nicht allein um landwirth-
schaftliche Angelegenheiten handelt, die religiöse und nationale Sache
vielmehr mit in Betracht kommt, geht daraus hervor, daß kurz nach
der Gründung des Lautenburger Vereins dort aus dem benachbarten
Lobauer Kreise katholische Geistliche mit den Gründern des Vereins
eine Konferenz hatten, sowie, daß für den Radost Verein ebenfalls
ein katholischer Geistlicher eifrig thätig ist. Sicherem Vermeynen nach
wird die Verbreitung des polnischen Vereinswesens über unseren gan-
zen Kreis beabsichtigt. Deutscher Seits scheint man diese polnisch-
mischen Bestrebungen nicht zu beachten und doch wäre es gut, daß bei
Zeiten die deutsche Partei, namentlich auf dem platten Lande, eine feste
Organisation erhält.

Schlochau, 31. Jan. Die „Conig. Ztg.“ demontirt die auch von
uns preisgegebenen Blättern entlehnte Nachricht, wonach es in einer
Sitzung des Kreis-ausschusses zwischen zwei Mitgliedern zu
Thätlichkeiten gekommen sein sollte.

Breslau, 2. Februar. Der Fürstbischof von Breslau hat, wie
die „Schles. Volksztg.“ erfährt, aus Anlaß der Verhaftung des
Pfarrers Hein bei dem Appellationsgericht zu Ratibor Beschwerde
erhoben und die Freilassung des Verhafteten beantragt. Ueber das an-
geklagte „entscheidende, herzerregende Schauspiel“ der Verhaftung, das
„marterthümliche, furchtbare Sammeln und Begehen“ der Menge
bringt die „Schles. Volksztg.“ einen als Leitartikel der vertheilten Be-
richt, der die vermeintliche Katholiken- und Priesterverfolgung möglichst
grel zu beleuchten sucht. Um das Schauerbild zu vervollständigen,
entblößt sich der Referent nicht, den wegen Ungehorsams gegen das
Gesetz, wegen Verweigerung der Zeugnisaussage verhafteten Pfarrer,
— welchem schon amtlich angedeutet war, daß seine Verhaftung bevor-
stehe, — mit Christus in Parallele zu stellen. Wie Christus sei er in
nächster Stunde im Rathhaus verhaftet worden, und wie Christus,
da er vor Pilatus stand, habe er die Fragen des Landraths mit Still-
schweigen beantwortet. „Die bejahte Mutter des Herrn Pfarrers,
welche wie Maria ihrem kreutztragenden Sohne bis an die Gericht-
hallen folgte, brach vor Schmerz an der Rathhausthür zusammen.“ —
Der Nimbus eines Märtyrers ist dem Pfarrer Hein nunmehr — für
die Kreise der „Volkszeitung“ — gesichert.

Seiligenstadt, 31. Januar. Die Mitglieder des hier bestehen-
den bürgerlichen geistlichen Kommissariats haben im Laufe
voriger Woche ihre Aemter niedergelegt, um nicht mit dem vom
Staate eingesetzten Verwalter des bürgerlichen Vermögens in Pader-
born in Verbindung zu treten. Diese Herren bezogen aus der Staats-
kasse Gehalt, glaubten aber nur dem Bischof Martin persönlich zur
Führung ihres Amtes verpflichtet zu sein, und wollen nicht länger
in Funktion bleiben, nachdem ihr Oberhirt abgesetzt ist. Es ist hier
nicht bekannt, daß irgend eine Beschlagnahme der Registratur oder
der Kasse dieser Behörde stattgefunden habe.

Wesel, 31. Januar. In den letzten Tagen ist, wie man der
„Elb. Ztg.“ meldet, es vielfach vorgekommen, daß die hiesige Kom-
mandantur von katholischen Geistlichen fast beständig wurde.
Aus nah und fern kommen diese Herren herbeigeeilt, um sich bei der
Kommandantur die Erlaubniß zu einem Besuche bei dem auf der Zi-
tadelle in Haft sitzenden ehem. Bischof Martin zu holen. Kürzlich
kamen auf einmal aus der Gegend von Bochum so viele um die Er-
laubniß ein, daß verschiedene zurückgewiesen werden mußten, während
vier mit dem Eintrittschein in der Hand der Zitadelle sich näherten
und dort den Erzbischof begrüßten, den Segen sich erkafte und längere
Zeit verweilten. Herr Martin befindet sich hier äußerst wohl und be-
wohnt zwei fein eingerichtete Zimmer. Täglich verweilt er stunden-
lang im Besatz und empfängt jeden Besuch mit lebhafter Freude. Er
schreibt und liest sehr viel.

Köln, 31. Januar. Wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, ist General
von Kumer durch Allerhöchste Kabinetordre von den Geschäften
des Gouvernements sowie von der Stellung als Divisions-Comman-
deur entbunden und zum General der Infanterie mit dem Range
eines kommandirenden Generals befördert. — Eine Versammlung
ultramontaner Vertrauensmänner des Wahlkreises Landkreis Köln-
Bergheim — Euskirchen hat gestern beschlossen, den zweiten Reklamen-
der „Germania“, Ehr. J. C. E. Remer, als Landtags-Abgeordneter
an Stelle des verstorbenen Pastors Clemann in Aussicht zu nehmen.
Die Wahl ist auf den 6. Februar festgesetzt.

München, 31. Januar. Die bereits erwähnte Vorstellung,
welche der Gesamt-Episkopat Baierns in Betreff des
Zivilgesetzentwurfs an den König richtete, nimmt Bezug

auf den bekannten Ausdruck Bius IX. in dessen am 9. September 1852 an König Victor Emanuel in Betreff der Biviale gerichteten Briefe, in dem es u. A. heißt, daß eine Eheschließung unter Christen nur in der sakramentalen Ehe rechtmäßig, außer ihr aber nur Konfubinat sei; es wird in Kürze erzählt, daß der fragliche Befehlswort im schneidendsten Widerspruch mit dem bairischen Konfubinat stehe und dann heißt es:

Wenn demnach das in Vorbereitung begriffene deutsche Ehegesetz mit den Grundsätzen der katholischen Kirche im Widerspruch steht; wenn dasselbe Ehegesetz die durch öffentlichen und feierlichen Vertrag gewährleisteten Rechte der Katholiken und Bürger in der rücksichtslosten Weise kränkt und verletzt, dann ist gewiß die allerehrfurchtvolle Bitte gerechtfertigt, Eure königliche Majestät wolle in gerechter Anerkennung dieses Sachverhaltes und in landesväterlicher Huld gegen Allerhöchst ihre treuesten katholischen Unterthanen geruhen, jene Maßnahmen allergnädigst zu ergreifen, welche dieser Schädigung der katholischen Religion und diesem Bruche des bairischen Konfubinatvertrages vorbeugen geeignet sind. Die allerehrfurchtvolle unterzeichneten Oberbairischen Baierns fühlen sich in ihrem Gewissen gedrungen, zugleich für alle Fälle die geheiligten Rechte der katholischen Kirche überhaupt und die im Königreiche Baiern geltenden insbesondere hiermit zu vermahnen.

Datirt ist die Vorstellung „München im Januar 1875“ und man wird zugeben, daß sich dieselbe einer sehr ruhigen Sprache bedient. In welcher Weise dem Verlangen der Bischöfe entsprochen resp. nicht entsprochen wurde, ergibt sich aus der Haltung der bairischen Regierung im Bundesrathe und im Reichstage. Ob die Bischöfe ihre Verwahrung jetzt weiter verfolgen werden, steht dahin, doch erwähnt die „Nat.-Ztg.“ des in engeren Kreisen zirkulirenden Gerüchtes, daß der neue Nuntius dahier sich wegen des angeblichen Bruches des Konfubinatvertrages mit einer Beschwerde an die bairische Staatsregierung wenden wolle.

München, 30. Januar. Heute hat der König vom päpstlichen Nuntius am hiesigen Hofe das Beglaubigungsschreiben entgegen genommen. Hierauf wurde der neu ernannte Gesandte Sachens O. v. Fabrice in Audienz empfangen und schließlich die Mittheilung der erfolgten Thronbesteigung des Königs Alfons entgegen genommen. Der Empfang des Nuntius soll in Folge der Eingabe der Bischöfe bezüglich des Reichsbivialegesetzes verschoben gewesen sein. Es bestätigt sich bezüglich der letzteren, daß der König dieselbe sofort dem Staatsminister der Justiz zustellen ließ. Bei solchen Zustellungen läßt der König in der Regel beifügen, daß das betreffende Ministerium die Vorstellung zu bescheiden beziehungsweise zu beantworten habe; im vorliegenden Falle ist dies jedoch nicht geschehen, die bishöfliche Vorstellung gelangte ohne jede Bemerkung an das Justizministerium. Danach zu schließen, ist der König selbst der Ansicht, daß die in Rede stehende Vorstellung einer Beantwortung nicht weiter bedarf.

Paris, 31. Januar. Wie der Stand der Dinge in Versailles ist, hat es den Anschein, als ob die Republik mit dem offenen Thore der Revision so zu Stande kommt, wie das linke Zentrum es wünschte. Je weiter jenes Thor aber, desto williger werden die Republikaner sich in diese Lage finden. Der Marschall Canrobert mit seinem tollen Briefe, die Wahl in den Gochpneiden, wie die Gerichte über die Bruderkranke des cheslerischen Hofes haben zu dieser Wendung nicht wenig beitragen und die Orleansisten überzeugt, daß Broglie der Unglücksrabe ist, der ihnen mit seinem Haffe gegen jede republikanische Sympathie der Bonapartismus auf den Hals bringen wird. Der „Moniteur“ erblickt in der gestrigen Abstimmung weniger eine republikanische als eine „nationale und gouvernementale“ Angelegenheit, eine Andeutung für den Marschall-Präsidenten, aus welchen Kreisen er sein Cabinet bilden solle. Im Elysee, wo Broglie nach wie vor das Ohr des Marschalls bestirmt, ist man für das beliebte Zeitgewinnen; zugleich wird Thiers als der Anführer des Panes, um das Wallon'sche Amendement durchzubringen, bezeichnet und seinem Ehrgeiz das Schlimmste nachgesagt. Thiers will daher dem Vernehmen nach die erste Gelegenheit ergreifen, um zu erklären, daß er nicht daran denke, jemals wieder nach seiner früheren Stellung zu trachten; ihm sei die Organisation der Republik, die er stets verschoben, Genugthuung genug. Alles hängt davon ab, ob derjenige Theil des rechten Zentrums, der weiß, was auf dem Spiele steht, fortan mit der Linken Hand in Hand geht oder ob er sich wieder von Broglie beschwären läßt. Debats und Tempis hoffen heute das Beste; die „Presse“ meldet in fast weinerlichem Tone, daß mit Wallon die Republik wie ein Dieb in der Nacht gekommen sei; doch tröstet sie sich mit „Ueberraschungen“ und „Zwischenfällen“, die vielleicht schon der nächste Montag bringen dürfte. „Nacht“ auch nur laßt über unsere Majorität von nur einer Stimme, ruft die Public den Gegnern zu; „eine Partei, welche die Nation hinter sich hat, findet in dieser allgemeinen Zustimmung eine Unterstützung für eine schwache parlamentarische Majorität.“ Die legitime „Union“, schüttelt das stolze Haupt über die „Republikaner von der gemäßigten Sorte“, die noch schlimmer als die anderen seien, weil sie das allgemeine Gefühl irre leiten und den heillosen Abscheu abschwächen, den Frankreich vor der Republik habe. Die Republik ist der „Union“ nur der Anfang vom Abfall des Landes von Heinrich V., für den es durch den Bismarckismus des Napoleoniden begünstigt werden würde. Es ist eine gottlose Rote, diese Wallon, Laboulaye u. s. w., welche in die Kirche gehen, sogar mit den Jesuiten arbeiten und dennoch nicht an Heinrich V. und den Bestand des Gottesglaubens in Frankreich, abgesehen es jetzt von Wundern wimmelt, glauben! Das ultramontane „Univerſ“ spricht, selbstsam genug, von „Tartarische“ und fragt, ob jetzt jemand bezweifelt, daß „wir“, d. h. die Ultramontanen, „im Dreieck sitzen“. Am Wallon persönlich an den Branger zu stellen, ruft „Univerſ“ ihm zu: „In der That, Herr Wallon hat das Recht errungen, auf derselben Liste mit Gambetta zu prangen! Und vielleicht trachtete er nach nichts Anderem mit seinem heillosen Antrage! Was wollen Sie mehr? Die öffentliche Meinung schlägt so oft um; wo wären die Aussichten, zu etwas zu kommen, wenn man nicht den Mantel nach dem Winde dreht?“ Der arme Wallon! (Köln. Ztg.)

Verfaßtes, 31. Januar. Die Nationalversammlung, welche am 29. Januar durch die Ablehnung des Amendements Laboulaye die Anerkennung der Republik verwarf, hat gestern durch Annahme des Amendements Wallon die soeben noch verschmähte republikanische Regierungsform wenigstens dem Namen nach wieder in die Verfassungsvorlage eingeführt. Für das erwähnte Amendement, welches also lautet: „Der Präsident der Republik wird mit Stimmenmehrheit von dem Senat und der Deputirtenkammer gewählt, die zu diesem Behufe zu einer Nationalversammlung zusammentreten. Er wird auf sieben Jahre ernannt und kann wiedergewählt werden;“

stimmten diesmal nicht bloß sämtliche Fraktionen der Linken, sondern auch diejenige Gruppe des rechten Zentrums, welche vom Herzog von Andifret-Paquet geführt wird, mit Ausnahme jedoch des letzteren. Die Annahme des vom Deputirten Wallon eingebrachten Antrages erfolgte mit 353 gegen 352 Stimmen. Zur Minorität gehörte auch der Herzog von Broglie, welche insgeheim alle Höl in Bewegung setzte, um dem Amendement Wallon wenigstens einen Vorbehalt hinzuzufügen, und deshalb den Deputirten Desjardins veranlaßte, folgenden Eingang zu dem Amendement Wallon zu beantragen: „Nach Ablauf der Gewalt des Marschalls Mac Mahon, und wenn nicht eine Revision der Verfassungsgesetze beschlossen wird.“ Dieser Antrag des Deputirten Desjardins, dem Amendement Wallon noch einen Vorbehalt bezüglich der Revision der Verfassungsgesetze hinzuzufügen, wurde mit 542 gegen 132 Stimmen abgelehnt. Die Annahme des Amendements Wallon wird allgemein als eine empfindliche Niederlage des Herzogs von Broglie angesehen, während die republikanischen Blätter über ihren jüngsten Sieg frohlocken, obgleich derselbe nur mit einer Stimme Majorität davongetragen wurde. Ueber die Folgen dieses Sieges sind die verschiedenartigsten Gerüchte verbreitet. — Ein sehr bemerkenswerther Zug der Rede, in welcher der Abg. Laboulaye der verfaßten Nationalversammlung die Proklamirung der Republik empfahl, liegt in der Haltung, welche dieser Abgeordnete gegenüber Deutschland und den klerikalen Bestrebungen dabei einnahm. Herr Laboulaye machte der klerikalen Partei in Frankreich für den Fall der Einführung der Republik die weitgehendsten Versprechungen; er nahm keinen Anstand, obgleich selbst Protestant, die katholisch-kirchliche Auffassung der Untrennbarkeit der Ehe nicht nur an und für sich, sondern auch als Staatsgesetz zu verteidigen. Dabei stellte er als Gegenätze die „Kirchenverfolgung der deutschen Monarchie und die vollständige Kirchenfreiheit in der französischen Republik“ einander gegenüber. Man erinnert sich dabei der Dienste, die Laboulaye noch vor wenigen Wochen den französischen Ultramontanen geleistet hat, als er in der Nationalversammlung unter dem Namen der Freiheit des Unterrichts die Ueberlieferung des Universitätswesens an die Jesuiten befürwortete. Herr Laboulaye, der bis zum Jahre 1870 mit einer gewissen Orientierung seine deutsch-freundlichen Gesinnungen zur Schau trug, scheint diese in den Augen seiner Landsleute ihm vielleicht schädliche Thatsache durch den doppelten Eifer gut machen zu wollen, mit dem er keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um seinen jetzt in ein Uebermaß von Feindseligkeit überschlagenden Gefühlen gegen Deutschland Ausdruck zu geben.

Aus Spanien, berichtet ein Correspondent der „Nat.-Ztg.“, daß die Lage der neuen Monarchie durch eigene Schuld eine ziemlich bedenkliche geworden ist. In liberalen Kreisen soll es verstimmt haben, daß man an ein Convenio mit den Carlisten denke, auf Bedingungen hin, die für Spanien schimpflich seien. Das junge Königthum Don Alfonsos wird somit in Frage gestellt, noch ehe die mit ihrer Anerkennung aussehenden Mächte sich erklärt haben. Der Correspondent schreibt nämlich:

„Des Convenio wegen sind verschiedene Agenten von Madrid und London in Bayonne eingetroffen und sind dort von dem spanischen Consul mit den nöthigen Instruktionen und Mitteln versehen worden. Es sind größtentheils ehemalige Carlisten, wie z. B. der Sekretär des General Cabrera, Omede, de la Hamera u. A. Und vor nach der Einführung Alfonsos in Ungnade gefallene carlistische Generale Ceballos hat seine Unterstützung zugesagt, er will jedoch erst die Ankunft Dorregareys in St. Jean de Luz abwarten. Der Adjutant Dorregareys weilt immer noch in Biarritz und nimmt an den Unterhandlungen Theil.“

Die carlistischen Forderungen sind jedoch so hoch gespannt, daß man sich unmöglich mit ihnen wird einigen können. Sie verlangen, daß Don Carlos als Infant anerkannt werde, seinen Wohnsitz in Madrid nehmen darf und außer einer Rente von 10 Millionen Realen jährlich auch einen Sitz im Staatsrath erhält. Für seine Kinder verlangt man die Erbfolge auf den Thron für den Fall, daß Alfonsos ohne Nachkommen stirbt. Die madrid Regierung soll die von den Carlisten formulierten Forderungen auf sich nehmen und gleichfalls allen carlistischen Offizieren den Eintritt in die Armee mit ihrem carlistischen Range gestatten. In den baskischen Provinzen dürfen die Jueños nicht beschränkt und in Navarra sollen sie wieder eingeführt werden.

Die Annahme dieser Bedingungen ist unmöglich, da man bei dem Austritt der Liberalen nur den Feind wechseln würde. Die Liberalen sind nämlich fest entschlossen, offen gegen die madrid Regierung aufzutreten, falls dieselbe diese schimpflichen Bedingungen acceptirt. Sie sprechen offen aus, daß sie dann nicht zurückweichen würden, sich mit den Kantonalen zu verbünden und machen die madrid Regierung für das daraus entstehende Unheil verantwortlich. Auch sie haben eingesehen, daß die Eroberung der gewaltigen carlistischen Positionen in Navarra blutige Opfer kosten wird. Dennoch verlangen sie dieselben, da sie ein momentanes kurzes Ueberwiegen einiger Unruhen vorziehen. Sie sind einem Convenio durchaus nicht abgeneigt, stellen jedoch als erste Bedingung auf, daß Don Carlos aus Spanien verbannt werde und von seinen Offizieren nur diejenigen in die Armee übernommen werden, welche schon vorher spanische Offiziere gewesen, und zwar mit dem Grade, welchen sie bekleiden würden, wenn sie in der Armee weiter gedient hätten. Gewiß mit Recht verweigern die Liberalen allen anderen Carlisten den Eintritt in die Armee, um dieselben vor schlechten Elementen zu bewahren. Ein großer Theil der carlistischen Offiziere gehört dem Priesterstande an, und zwar meistens in hohen Stellungen. Der andere Theil besteht aus Leuten, welche ihren Namen wiederholt durch gemeine Handlungen bekräftigt haben. Das würde ein schändliches Offizier-Corps abgeben!

Marschall Serrano ist gestern plötzlich nach Madrid abgereist. Seine Abreise erfolgte auf eine kurze Depesche aus Madrid, in welcher seine Freunde seine Anwesenheit in der Hauptstadt als dringend notwendig verlangten. Ueber die Absichten des Herzogs ist nichts bekannt, wohl ist aber anzunehmen, daß er nicht gegen den jungen König unternehmen wird. Er hat bei der Proklamirung Alfonsos XII. hinreichend seine Liebe zum Vaterlande bewiesen. Damals stellte sich ihm General Moriones mit seinem Corps zur Verfügung und mit Hilfe eines kantonalen Aufstandes in allen großen Städten des Südens hätte er den Alfonsismus für den Augenblick leicht niederwerfen können, besonders da sich auch die Carlisten, welche sich wohl bewußt waren, daß die Proklamirung Don Alfonsos ihnen moralisch einen großen Theil der ihnen anhängenden spanischen Bevölkerung abtrümmen machen würde, erbötigen hatten, jede Operation einzustellen, wenn Moriones die Nordarmee ruhig in ihren momentanen Stellungen belasse. Man glaubt, daß Serrano seinen Einfluß geltend mache, um die Macht der Moderados zu beschränken und sie schließlich zu brechen. Er ist wie alle Liberalen und ein großer Theil der Alfonsisten der Ueberzeugung, daß Spanien nur unter einem rein liberalen Ministerium zur Ruhe und zum Glücke gelangen könne.

Bukarest, 26. Januar. Mit einer Art von Vorliebe besprechen gewisse Blätter fort und fort die Möglichkeit, ja, Wahrscheinlichkeit eines in Serbien ausbrechenden Aufstandes, der den Krieg mit der Türkei zur unausweichlichen Folge haben und auch Rumänien in die Bewegung mit hineinreißen müsse. Die zu Pest in französischer Sprache erscheinende „Correspondence Hongroise“, die sich das Ansehen

gibt, als seien ihr die geheimsten An- und Absichten des Wiener Cabinets bekannt, sieht sogar schon voraus, daß Oesterreich-Ungarn sich schließlich zu Gunsten der Türkei würde einmischen müssen, da ja „zwischen Serbien und Rumänien ein Bündnißvertrag zur Abwehr und Angriff bestehe.“ Ueber dieses Kriegsgeläut spricht sich das Organ des rumänischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten folgendermaßen aus:

Rumänien hat, gleichwie Serbien, seine eigene Existenz, und das eine dieser Länder ist von dem anderen absolut unabhängig. Weber das eine, noch das andere dieser beiden Länder kann in die Ereignisse hineingezogen oder demselben subordinirt werden, die das eine derselben ereilt, oder aber der Politik des anderen unterliegen. Zwischen Rumänien und Serbien haben stets die besten Freundschaftsbeziehungen bestanden, und werden, so hoffen wir, auch stets bestehen. Wir hatten bisher gar kein Interesse, irgend einen Offensiv- oder Defensivvertrag mit unserem Nachbarlande abzuschließen. Das Gerücht hierüber ist eine reine Erfindung, die noch in diesem Sommer kolportirt wurde, als wir die Ehre hatten, vom Fürsten Milan besucht zu werden. Die Gemeinsamkeit der Sympathien ist das einzige Band, das zwischen uns und Serbien besteht. Man sucht der Sache einen unangehörigen Anstrich zu geben, indem man behauptet, daß die Türkei sich unwillkürlich zwischen zwei Feinden befinden werde. Nun, was uns betrifft, so können wir allen Strategen und allen Liebhabern von Sensationsneuigkeiten die Nachricht geben, daß die Türkei in uns niemals einen Feind sehen wird. Wir wollen in unseren Beziehungen zur hohen Pforte nichts Anderes erlangen, als die Wahrung unserer Rechte und die Ausübung unserer Souveränität, so wie dieselbe nach unseren alten Kapitulationen und den Traktaten besteht. Hierdurch werden unsere Verbindungen zur hohen Pforte gar nicht berührt, in so fern als auch die hohe Pforte nicht mehr Rechte beansprucht, als dieselben laut der Traktate zuzukommen. Hiermit aber wird die Ruhe im Oriente oder die Integrität des türkischen Reiches durchaus nicht alterirt.

Schließlich meint das Organ des auswärtigen Amtes, daß Rumänien nicht einmal von der im strengsten Sinne des Wortes genommenen „orientalischen Frage“ berührt werden könnte, denn nach der wirklichen Natur der Dinge beginne der Orient am rechten Ufer der Donau. Das ist freilich nichts mehr als ein Spiel mit Worten.

Parlamentarische Nachrichten.

* Die Justizkommission des Reichstages zur Verabreichung der großen Justizgesetze hat von der ihr durch besonderes Gesetz übertragenen Befugnis, nach Schluß der Reichstagsession ihre Verathungen fortzusetzen, am Sonntag zum erstenmal Gebrauch gemacht. Es darf diese Thatsache daher als ein parlamentarisches Ereignis in ihrer Art betrachtet werden. Im Uebrigen sind die am Sonntag bezüglich der Geschäftsbehandlung gefaßten Beschlüsse für den weiteren Verlauf von erheblicher Bedeutung. Man theilt der „Nat.-Ztg.“ daraus namentlich die folgenden mit:

1) Es werden zur Zeit keine Referenten bestellt; 2) nachdem die erste Lesung aller drei Entwürfe erfolgt ist, wird eine zweite Lesung stattfinden; 3) die allgemeinen Bestimmungen der Geschäftsordnung des Reichstages über die Befugnisse der Kommissionen und über die Errichtung von Protokollen sollen einstweilen auch für diese Justizkommission gelten; 4) der ganze in den Vorlagen enthaltene legislative Stoff wurde in vierzehn Unterabteilungen zerlegt, und werden sich darnach vierzehn freiwillige Gruppen bilden, die den betreffenden Materialien ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden; die Mitglieder der Gruppen haben aber durchaus nicht die Rechte und Pflichten von Berichterstattern; 5) auch nach dem Wiederzusammentritt der Kommission werden keine Referenten vorerst in Aussicht genommen, unbeschadet jedoch der Aufstellung von solchen für einzelne technische Spezialmaterien; 6) nach dem Wiederzusammentritt der Kommission soll zunächst als erster Gegenstand der Durchberatung das Gerichtsverfassungsgesetz gewählt werden. Ueber die ersten fünf herrsche vollständige Einmütigkeit in der Kommission — der Beschluß 3. ff. erfolgte mit Stimmenmehrheit, eine andere Meinung wollte die Biviale prozessordnung zuerst in Angriff nehmen. Diese letztere Ansicht steht vornämlich darauf ab, daß die Feststellung des Prozeßverfahrens sich die dadurch bedingte Organisation des Gerichtswesens von präjudizeller Natur sei. Die Kommer, die für die vorausgehende Beratung der Gerichtsorganisation sprach, betont dagegen, daß gerade im Gerichts-Verfassungs-Gesetz bereits alle für das prozessualische und das strafrechtliche Verfahren maßgebenden Prinzipien zum Ausdruck gebracht werden müßten. Bemerkenswerth ist die große Zahl von Petitionen und Druckschriften (darunter auch diejenigen des deutschen Anwaltsvereins), die bei der Kommission angekommen sind. Die nächste Sitzung der Kommission wird nun in der Woche nach Ostern stattfinden.

DRC. Von dem Abg. Frhrn. v. Schorlemer-Alst ist folgende Interpellation beim Präsidium des Abgeordnetenhauses eingebracht worden: „Der Unterzeichnete richtet an die königliche Staatsregierung die Anfrage: 1. Warum ist der Termin zur Nachwahl für den seit Mai vorigen Jahres durch den Tod des Abgeordneten von Mallenrodt erledigten 2. Winterthaler Wahlkreis Abau-Steinfurth bisher nicht anberaumt? 2. Wird die königliche Staatsregierung nunmehr sofort den Tag der Wahl bestimmen? Unterstützt ist der Antrag von 30 Abgeordneten der Zentrumspartei.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, 3. Februar.

r. Der Posener Bürgerverein hielt am Dienstag im Handels-saale seine ordentliche Versammlung ab; anwesend waren 39 Mitglieder. — Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Döckhorn, eröffnete die Versammlung und hielt alsdann einen Vortrag über die „Reform der kommunalgeseßgebung“. In der Einleitung des Vortrages wies derselbe darauf hin, daß eine Reform der kommunalgeseßgebung durchaus auf anderen Grundsätzen basiren müsse, als sie in den beiden Städteordnungen vom Jahre 1808 und 1853 enthalten seien. Die kommunalgeseßgebung im Allgemeinen trage vornehmlich aus dem Grunde, weil die Städteordnung sämtliche Städte nach einer Schablone behandle, während die größeren Städte einen Anspruch auf eine andere Städteordnung haben. In den größeren Städten sei die Verwaltungsmaschine zu komplizirt, indem sie eigentlich 4 Körperschaften umfasse: den Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung, die Kommissionen und an der Spitze den Bürgermeister. Daher komme es, daß Gegenstände, welche sofort erledigt werden könnten, oft lange hingezogen und aus einer Körperschaft in die andere geworfen würden. Man müsse unterscheiden die Verwaltungsnormen und die Ausführung dieser Normen; die Normen seien von der Stadtverordnetenversammlung aufzustellen, während die Ausführung derselben ausschließlich dem Magistrat zustehe. Die Verwaltung sei mehr als bisher zu zentralisiren; die Führung der Ständeregister gehöre nicht in die städtische Verwaltung hinein; das Armenwesen sei besonderen Armenpflegern zu übertragen, welche neben Magistrat und Bürgermeister stehen müßten. Er sei entschieden dagegen, daß dem Magistrat auch noch das Polizeiwesen übertragen werde, da sich herausgestellt habe, daß überall da, wo die Polizei in Händen des Magistrats sich befände, diese schlechter sei als dort, wo beide von einander getrennt seien; jedoch sei es darum nicht nöthig, daß die Polizei königlich sei. Die Magistrats in ihrer jetzigen Zusammensetzung seien am besten zu beseitigen, und die städtische Verwaltung wie dies am Rhein und in Frankreich der Fall sei, durch die Bürgermeister auszuführen. Das Kollegialverfahren, bei Gerichten anzuwenden

lich, sei in der praktischen Verwaltung nicht gut angebracht, weil bei einem solchen Verfahren stets jedes einzelne Mitglied des Kollegiums die Verantwortung auf die Gesamtheit des Kollegiums schiebe; in der höheren Verwaltung sehe man dies auch ein; die neue Provinzialordnung habe deswegen bei den künftigen Regierungen die Kollegialverwaltung auf und konzentriere die Verwaltungen in der Hand der Präsidenten. Ebenso müsse es in der Kommunalverwaltung werden: dem Bürgermeister müßten die Räte zur Seite stehen, die er zu hören habe, die aber auch seine Anordnungen auszuführen haben; die unbesoldeten Stadträte, von denen man überhaupt nicht viel verlangen könne, seien abzuschaffen. Statt des Magistrats würde man auf diese Weise ein Bürgermeisteramt mit verantwortlichem Bürgermeister erhalten, wobei ihm die Stadtverordnetenversammlung, welche die Verwaltungsnormen aufstellen und die Kontrolle über die Verwaltung zu üben habe, ohne jedoch das Recht zu besitzen, wie jetzt, in alle Zweige der Verwaltung hineinreden zu dürfen. Bürgermeisteramt und Stadtverordnetenversammlung müßten von einander unabhängig sein, doch sei der Stadtverordnetenversammlung dadurch eine Schwärze zu setzen, daß Beschwerden über Beschlüsse der Versammlung, welche den Gesetzen oder dem Wohle der Stadt zuwiderlaufen, zulässig seien; diese Beschwerden seien an einen Verwaltungsgerichtshof zu richten. Damit aber nicht durch diese Einrichtung zu viele Streitigkeiten veranlaßt würden, sei es erforderlich, daß der Kreis der städtischen Verwaltung beschränkt und genau bestimmt werde. Es sei aber auch nöthig, daß die Stadtverordnetenversammlungen anders, als bisher, zusammengefaßt werden; die Beschränkung, nach welcher die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein müsse, sei aufzuheben, da durch diese Beschränkung eine Interessenvertretung erzeugt werde. Die Stadtverordnetenversammlung müsse aber auch eine größere Körperschaft, als bisher, werden, und die Wahlkörper anders gehalten werden; wenn auch vorläufig an dem Dreiklassenstimmrecht noch festzuhalten sei, so müßten doch kleinere Wahlkörper als bisher gebildet werden; in diesen allein würden wirkliche Wahlen erfolgen können, während in den übrigen großen Wahlkörpern die Kandidaten nicht genähert, sondern öfters abgewiesen werden. Schließlich sei auch eine größere Öffentlichkeit bei den Verhandlungen der Stadtverordneten erforderlich; während bisher über alle wichtigeren Angelegenheiten in den Kommissionen im Geheimen beraten und alsdann diese Angelegenheiten fertig vor die öffentliche Versammlung gebracht wurden, sei zu wünschen, daß auch die Kommissionen öffentlich tagen. — Nach diesem Vortrage kam der Antrag des Kaufmanns Rothholz, betr. die kostenfreie Ertheilung der Baukonfession, zur Diskussion. Der Antragsteller wies darauf hin, daß nach der Bauordnung für den Reg.-Bezirk Posen vom Jahre 1846 die Baukonfession kosten- und stempelfrei zu ertheilen seien, während in der Stadt Posen für dieselben an den Magistrat eine bedeutende Gebühr zu zahlen sei. Registratur a. D. Meyer theilt mit, daß die Gebühr auf Grund einer von der k. Regierung genehmigten Taxe vom Jahre 1816 erhoben werden. Die Versammlung beschließt, an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eine Petition, betr. die kostenfreie Ertheilung der Baukonfession zu richten. — Ein anderer Antrag, gestellt vom Baukonfessionär Drewitz, betrifft Festungsbaugesamtheiten. Schon seit zwei Jahren nämlich hat sich die Festungsbaugesamtheit bereit erklärt, für den Festungsbaugesamtheiten südlich von Fort Winarsky und Fort Hatz die Festungsbaugesamtheiten aufzuheben, aber als Bedingung gestellt, daß vom Magistrat ein Bauplan aufgestellt und der Festungsbaugesamtheit eingereicht werde. Da dies seitdem seitens des Magistrats noch nicht geschehen ist, so beschließt die Versammlung auf Antrag des Vorsitzenden, in dieser Angelegenheit eine Petition an die k. Regierung zu richten, und sich zu diesem Behufe mit Spezial-Interessenten, die durch jene Festungsbaugesamtheiten schwer geschädigt werden, in Verbindung zu setzen.

r. Im Verein Posener Lehrer hielt am 29. v. Mts. Dr. Landsberger im Saale der städtischen Mittelschule seinen vierten Vortrag über Gesundheitslehre, und sprach dabei speziell über die höheren Sinne. Den Bau der höheren Sinne in Umrissen rekapitulierend, zeigte der Vortragende, daß sich an ihnen an prägnanten die Geltung der im ersten Vortrage für alle Sinne aufgestellten allgemeinen Sätze erweisen lassen, und daß die Perception von Farbe und Ton in ganz analoger Weise vermittelt werde. Man sei dabei vielfachen Täuschungen ausgesetzt, welche nur durch die Erfahrung rektifiziert werden, und wo diese nicht ausreicht, wie z. B. bei seltenen Seelungen oder ungewöhnlicher Betrachtungsart, kommen solche Täuschungen auch bei Erwachsenen immer wieder vor. Das Auge sei eine Art von camera obscura, freilich mit sinnreichen Neben-Apparaten für den Schuß und für die Beweglichkeit ausgestattet, aber durchaus auch nicht frei von beträchtlichen Fehlern. In der Netzhaut des Auges seien es namentlich Gebilde in der Form von Stäbchen und Zapfen, welche von den Lichtstrahlen erregt werden. Weit gefühligter als das Auge, liege das Gehörorgan im festesten Knochen des Körpers eingebettet; sein feinerer Bau sei so verwickelt, daß noch fortwährend neue Theile daran erforscht werden, und über manche derselben die Ansichten aus einander gehen. Dies gelte namentlich von den halbhirnförmigen Kanälen, in denen neuer Zeit der Sitz eines neuen Sinnes, des Gleichgewichtsinnes, vermutet wird. Die Perception der Töne komme in den wunderbaren, wie eine Klaviatur angeordneten Cortischen Fasern zu Stande, welche in der „Schnecke“ ausgebreitet sind. — Alle Eindrücke, welche die Sinne empfangen und fortleiten, gehen spurlos vorüber, wenn sie nicht in dem Zentralorgan des Sinnes, im Gehirn, gesammelt, aufgefakt und gedeutet werden. Dem Bewußtsein, wie dem Willen und Denken stehe aber nicht das ganze Gehirn, sondern nur das Großhirn vor, welches den größten Theil des Gehirns ausmacht und sich in zwei halben Halbkugeln über den verbindenden und die ganze Lebensfähigkeit beherrschenden Grundtheil ausbreitet. Ein Thier, dem man das Großhirn entfernt hat, lebt ruhig (?) fort, atmet und verdaut, aber es ist und bewegt sich nur, wenn es dazu gezwungen wird, es hat kein Bewußtsein und keinen Willen mehr, es hat noch alle Sinne unversehrt, aber die Funktion derselben nützt dem Thiere nichts, welches die Bilder nicht versteht und nicht zu verwerten weiß. Die andere Hälfte des Gehirns dienen der rein negativen Schäre; sie regulieren die Bewegungen, die willkürlichen wie die unwillkürlichen, und im verlängerten Mark giebt es ein Centrum für die wichtigsten Lebensfunktionen, welches deswegen nothwendig vital (Lebens-) genannt wird, und dessen Verletzung unmittelbar den Tod herbeiführt. Von den rein reinlichen Funktionen sei nur über den Sitz des Sprachsinnes etwas Zuverlässiges bekannt, und alle Lehren der Phrenologie seien Dummheit und dumme Erfindung. — Seinen dritten Vortrag über Gesundheitslehre wird Dr. Landsberger am 12. v. Mts. halten.

r. Die Schullehrer-Wittwenkasse hatte pro 1873 zur Deckung der laufenden Ausgaben eine Einnahme von 22,806 Thlr., während die zur Kapitalisierung statutenmäßig bestimmten Einnahmen 2334 Thlr. betrugen. Von den obigen 22,806 Thlr. erhielten 234 Wittwen und 28 Waisen zusammen 14,306 Thlr.; 78 Thlr. kamen auf sonstige Ausgaben, so daß mithin eine Ersparnis von 8421 Thlr. gemacht worden ist. Würde dieser Betrag noch unter die 312 Pensionsempfänger vertheilt worden sein, so hätten statt je 50 Thlr. über 76 Thlr. gezahlt werden können; es ergibt sich demnach, daß schon jetzt ohne Gefährdung der Kasse auf eine Pension von mindestens 60 Thlr. hingewirkt werden kann. Im vergangenen Jahre wurde eine Erleichterung der Mitglieder der Kasse erreicht, daß die Gehaltsverbesserungsabläufe in Wegfall kamen. Diese liegen sich vornämlich in Rücksicht auf die Verhältnisse der Lehrer in der Stadt Posen nicht mehr aufrecht erhalten, weil jeder Posener Lehrer, da er von 5 zu 5 Jahren eine Gehaltsverbesserung erhält, während 25 Amtsjahren c. 100 Thlr. zu zahlen hat, was einer jährlichen Mehrleistung von 4 Thlr. gleich zu stellen ist. Von den 1805 Thlr. Gehaltsverbesserungsabläufen trugen im Jahre 1873 die Posener Lehrer allein 956 Thlr. Seit dem Jahre 1874 fallen auch die Einnahmen aus den jährlichen Kirchenkollekten fort. — Am Schlusse des Jahres 1873 bestand das Kapitalvermögen der Kasse aus 140,652 Thlr.

r. Die Schiedsmänner haben im Departement des Appellationsgerichts Posen pro 1874 folgende Thätigkeit entfaltet. Es waren thätig 365 Schiedsmänner. Anhängig waren vor denselben 14,889

Injurien (davon 55 überfährige), 1672 andere Streitigkeiten (davon 8 überfährige). Beendet wurden von den Injurien 5744 durch Vergleich, 2116 durch Zurücktritt, 6982 durch Ueberweisung an den Richter, von anderen Streitigkeiten 940 durch Vergleich, 227 durch Zurücktritt, 498 durch Ueberweisung an den Richter; unbenendet sind geblieben 47 Injurien, 7 andere Streitigkeiten.

r. Der Pfarrverweser Harhausen in Adelnau ist zum Pfarrer daselbst berufen und am 17. v. M. in sein Amt eingeführt worden.

r. Der Bisar Baricowski aus Bus, wegen unbefugter Vornahme geistlicher Amtshandlungen zu 15 Thlr. Geldstrafe, event. zu einer Woche Gefängnis rechtskräftig verurtheilt, wird gegenwärtig fleckbrieflich verfolgt.

r. Ein Schachklub hat sich hier vor einigen Tagen konstituiert; Vorsitzender desselben ist der Rittergutsbesitzer Schulz. Der Klub wird wöchentlich einen Spielabend Donnerstag Abends in einem besonderen Zimmer von Scharffenberg's Hotel abhalten. Das Eintrittsgeld beträgt 1 Thlr., der jährliche Beitrag gleichfalls 1 Thlr.; Anmeldungen nimmt der Buchbändler Ledeborn entgegen.

— Delb-Gnesener Eisenbahn. Ein Gewährsmann des „Börsen-Cour.“ schreibt: Der Bau dieser Bahn wird eifrig betrieben, ist jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft, da insbesondere große Brückenbauten auszuführen sind. Die Erdarbeiten sind fast vollständig fertiggestellt, hingegen ist auf sämtlichen Stationen der Empfangsgebäude und Güterschuppen noch nirgends eine Spur zu sehen. Wie ich erfahre, dürfte die ganze Strecke ehestens am 1. Oktober d. J. dem Verkehre übergeben werden. Danach würde also der vor kurzem veröffentlichte Bericht der Direktion der Delb-Gnesener Bahn über den Stand des Unternehmens (Nr. 53 der Posener Btg.) etwas gar zu viel behauptet haben.

— Auf der Ostbahn wurde, der „Post“ zufolge, am Sonntag Vormittag ein großes Unglück noch rechtzeitig verhindert. Als der um 10 Uhr von Bromberg kommende Schnellzug in Schneidemühl anlangte, gewahrten die Aufsichtsbearbeiter einen Bruch an der Achse des Postwagens, der sofort ausrangirt wurde. In Folge der Unpactung entstand eine Verzögerung von einer halben Stunde.

Bromberg, 2. Februar. [Ein Depeschen-Irrthum.] Vor einigen Tagen depeßirte ein hiesiger Kaufmann an seinen Kommissionsnär nach Hamburg um Uebersendung von 200 Stück Sol. einer Auster per Post. Anderen Tages schon war der Auftrag ausgeführt und der hiesige Kaufmann erhielt in 5 Kisten wohl verpackt und mit einer Frachtnachnahme von 17 Thlr. die verlangten Auster, aber nicht 200 Stück sondern 2000 Stück waren angekommen. Der betreffende Beamte hatte statt 200, wie die aufgegeben Depesche lautete, 2000 depeßirt. Für diese Menge von Austern hatte der Kaufmann hieselbst keine Verwendung und ließ sie wieder nach Hamburg zurückgehen. — Es fragt sich jetzt, wer die entstandenen Unkosten für dieses Versehen, welches übrigens nicht hier, sondern auf dem Telegraphen-Bureau in Berlin gemacht sein soll, ersetzen wird. (Dr. B.)

Staats- und Volkswirtschaft.

** Preussische Bank. Wochen-Uebersicht vom 30. Januar 1875.

Aktiva.			
1. Geprägtes Geld und Barren	Mark	611,388,000	— 123,000
2. Kassen-Anweisungen, Privat-Banknoten u. Darlehnskassen-Scheine	=	9,381,000	+ 788,000
3. Wechsel-Bestände	=	329,854,000	+ 7,681,000
4. Lombard-Bestände	=	56,853,000	— 13,000
5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	=	14,524,000	— 11,000
Passiva.			
6. Banknoten im Umlauf	Mark	784,777,000	+ 4,433,000
7. Depositen-Kapitalien	=	101,117,000	+ 222,000
8. Guthaben der Staatskassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	=	40,793,000	+ 4,045,000

Die Wochenübersicht bezeichnet keine auffälligen Veränderungen gegen den vorwöchentlichen Status. Die Zunahme der Wechselbestände um 7 1/2 Mill. Mark findet ihre ausreichende Erklärung in den Ansprüchen des Ultimo, welche, wie man sieht, nicht allzu hoch waren. Das Konto der Lombard-Darlehen ist fast völlig unangewandelt geblieben, aber der kleine Unterschied von 13,000 Mark ist doch noch ein Minus. Die prozentige Thätigkeit des Bankes und das Geschäft liegen so sehr darnieder, daß auch die vor acht Tagen eingetretene Diskontoverbesserung die Kreditbewegung nicht zu beleben vermocht hat. Im Uebrigen bleibt aus dem Bankausweise zu registriren, daß der Metallschatz um einen mäßigen Betrag (123,000 Mark) gewachsen, dagegen der Vorrath an Kassenscheinen um gegen 800,000 Mark gestiegen ist: die Regierung hat 4 Millionen in die Bank gelegt und mit Hilfe dieser Summe bedurft es nur noch einer Vermehrung der Noten-Zirkulation um 4,400,000 Mark. Die Summe der umlaufenden Noten hat bis nahe an 80 Proz. Deckung in Metall und Kassenscheinen. Der ungedeckte Notenumlauf berechnet sich auf rund 164 Millionen.

** Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahn. Wie wir bereits vor längerem mittheilten, hat die Dresdener Diskontobank Frenkel & Co. das Guthaben der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahn bei deren Dresdener Zehlfelle mit Arrest belagen lassen, um so ihrer Klientel die Differenz zu sichern welche derselben aus der Zahlung der Coupons in Silbergulden statt in Thalern entstanden ist. Die Bahn hat hiergegen bei dem Dresdener Gerichte Protest erhoben, ist aber mit demselben zurückgewiesen. Die hierauf vorgenommene Appellation dürfte nach aus Dresden kommenden Mittheilungen von einem gleichen Mißerfolge begleitet sein.

Vermischtes.

* Elbing, 30. Januar. [Eisgang in der Nogat.] Wiederrum erlente ein jäher Nothschrei von den Anwohnern des jenseitigen Nogatufers von Kobach, Hakenhof, Krebsfelde, Zeper u. Die furchtbare Wassertoth hat sie wiederum betroffen und das entseßte Element erreicht bereits die Dächer der Häuser. Das plötzlich eingetretene Thauwetter hatte die Schneemassen in den Karpaten geschmolzen. Es schwoll die Weichsel in Folge dessen furchtbar an, da aber die Eisdecks dieses Stromes von Dirschau bis zur Mündung in völliger Winterlage verharrte, schob sich bei dem oberhalb sich vollziehenden Eisgange an der montanen Spitze eine Eisstopfung fest, so daß Wasser und Eis in die Nogat gedrängt wurde. Die drei Ueberfälle der Nogat sollten nun das Wasser in das Gaff abführen, allein da sich bei Zeper in der Nogat, sowie in den verschiedenen Abflüssen (Rafen oder Rinnen) ebenfalls Eisstopfungen bildeten, staute da Wasser in der Einlage hoch an, durchbrach den sogenannten Neuen Deich und setzte die ganze Gegend unter Wasser. Man denke sich die Noth der Unglücklichen, von denen sich nur Wenige in ein paar hochgelegene Häuser retten konnten. Viele mit ihrem Vieh auf den Damm flüchteten und wohl größtentheils bei grausam stürmischem, schneetreibendem Wetter die Nacht im Freien zubringen mußten. In Elbing bildete sich gestern auf diese Nothricht schnell ein Komitee und sandte mehrere Wagen voll Brod, Kaffee, Branntwein u. nach der Nogat. Da es bei der Ankunft bereits dunkelte, konnten die Bittthalen diesen Abend nicht mehr über die unsichere, mit großen Schollen aufgethürmte Nogat gebracht werden. Heute früh brachte eine Eisflaße die besorgniserregende Nachricht, daß das Wasser des Flusses wiederum um 2 Fuß gestiegen wäre und daß es bei Clementsfähre sogar den dießseitigen Deich zu überfluthen drohe, auch trieben einige Landleute ihr Vieh bereits nach der Stadt. Jetzt hört man, daß das Wasser wieder gefallen sei; doch sei die Gefahr noch keineswegs vorüber. Ein dießseitiger Dammbruch wäre allerdings ein furchtbares Unglück, da dieselbe das Wasser nicht so schnell abfließen kann und

mindestens ein ganzer Ernteertrag verloren wäre. Das Wasser würde in diesem Falle selbst mehrere Straßen unserer Stadt überfluthen. — Möchte doch endlich die künftige Regierung mit Ernst und Energie an die Regulirung des Weichselstromes ihre thatkräftige Hand anlegen! ruft die „R. S. Btg.“ aus, der wir obigen Artikel entlehnen.

* Von einem seltenen Jagdglück wird der „R. Btg.“ aus Neutwied, 29. Jan., wie folgt, berichtet: „Was vielleicht noch nie, so lange es überhaupt Jagd und Jäger giebt, dem begünstigten Jäger Diana's, selbst nicht dem großen Nimrod oder dem heil. Hubertus gelungen ist, das ist gestern dem Fürsten zu Wied gesclückt, derselbe schoß nämlich am genannten Tage in freier Wildbahn im Rodensfelder Walde aus dem in vollster Flucht bei ihm vorbeikomenden Rudel Hochwild mit seiner Doppelbüchse die beiden in demselben sich befindenden zwei starken weißen Hirsche, einen Zwölfer und einen Achter, daß sie, auf Blatt getroffen, im Feuer zusammenstürzten.“

* Verpübertes Geld. Der „American Journalist“ saut, daß in den Vereinigten Staaten im verfloßenen Jahre über 8,000,000 Doll. in verschiedenen neuen Zeitungs-Unternehmungen verloren gegangen sind und daß im Monat Dezember allein über zweihundert Zeitungen ihr Erscheinen suspendirt haben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Pleschen, 3. Februar. Zehn großjährige männliche Mitglieder der katholischen Pfarrgemeinde Sowina haben bei dem Landrath auf Zusammenberufung der Kirchengemeinde behufs Beschlußfassung über die Einrichtung einer Stellvertretung resp. Wiederbesetzung der Pfarre Sowina angetragen. In Folge dessen hat der Landrath die Mitglieder der Pfarrgemeinde zu Sowina zu einem Termine auf den 18. d. berufen. Es ist dies der erste Fall, daß eine katholische Gemeinde von dem ihr auf Grund des § 15 des Gesetzes über die Verwaltung erledigter katholischer Pfarren zustehenden Rechten Gebrauch macht.

(Priv.-Dep. der Pos. Btg.)
Stuttgart, 3. Februar. Der König empfing gestern den Oberkammerherrn von Württemberg, welcher ein Schreiben des Königs Alfons überbrachte worin derselbe seine Thronbesteigung anzeigt.

Versailles, 3. Februar. Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wird gemeldet: Bertaud (links Centrum) brachte ein Amendement ein, wonach der Präsident berechtigt sein sollte, ohne Mitwirkung des Senats die einmalige Auflösung der Deputirtenkammer auszusprechen. Ein Unteramendement Rochefoucauld's wollte dem Marschall Mac Mahon diese Befugnis als persönliches Recht geben. Dufaure erklärte, es sei erforderlich, dem Gesetzentwurf einen dauernden konstitutiven Inhalt zu geben und die Republik durch Errichtung konservativer Institutionen zu organisiren. Dufaure empfahl schließlich das Amendement Wallon anzunehmen. Die Nationalversammlung beschloß mit 354 gegen 346 Stimmen über letzteres Amendement zuerst abzustimmen und nahm mit großer Majorität zunächst die beiden ersten Paragraphen des Amendements Wallon an, sodann mit 449 gegen 249 Stimmen das ganze Amendement. (Große Aufregung.)

Madrid, 3. Febr. Die Verwundung des Matrosen der deutschen Korvette „Augusta“ ereignete sich in einem Tanzlokal. Der Streit bezog sich auf ein Frauenzimmer. Der Antrag auf gerichtliche Untersuchung ist gestellt worden.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 2. Februar, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. pr. Febr. 55, 00, pr. April-Mai 56, 00 Juni-Juli —, —, pr. Febr. pr. April-Mai 179, 00. Roggen pr. Februar 150, 00, pr. April-Mai 147, 50, pr. Mai-Juni 148, 00. Rüböl pr. Februar —, —, pr. April-Mai 54, 00, pr. Mai-Juni 55, 00, pr. Sept.-Okt. 58, 00. Zink fest. Wetter: regnerisch.

Bremen, 2. Februar. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11 M. 50 Pf. h. Febr.

Hamburg, 2. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco still, auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen 126-pfd. pr. Februar 1000 Kilo netto 188 S., 186 S., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 186 S., 185 S., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 187 1/2 S., 186 1/2 S., pr. Juni Juli 1000 Kilo netto 188 1/2 S., 187 1/2 S. Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 157 S., 155 S., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 149 S., 148 S., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 149 S., 148 S., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 147 1/2 S., 146 1/2 S. Hafer still. Gerste still. Rüböl matt, loco und pr. Febr. 56 1/2, pr. Mai pr. 200 Pfd. 56. Spiritus ruhig, pr. Februar 44 1/2, pr. April-Mai 45, pr. Mai-Juni pr. 100 L. 100 pSt. 45 1/2. Kaffee fest, Umi. 2000 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 11, 30 S., 11, 10 S., pr. Februar 11, 10 S., pr. Februar-März 10, 90 Sd., pr. August-Dezember 12, 30 Sd. — Wetter: Feucht.

Köln, 1. Februar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter milde. Weizen matt, hiesiger loco 20, 25, fremder loco 20, 00, pr. März 19, 15, pr. Mai 18, 75. Roggen matt, hiesiger loco 17, 00, pr. März 14, 90, pr. Mai 14, 65. Hafer loco 20, 00, pr. März 18, 25, pr. Mai 17, 95. Rüböl matt, loco 29, 30, pr. Mai 29, 80, pr. Oktober 31, 10.

London, 1. Februar, Vormittags. Die Getreidezufuhren vom 23. bis zum 29. Januar betrugen: Englischer Weizen 6792, fremder 23 650, englische Gerste 2408, fremde 4700, englische Malzgerste 24 054, englischer Hafer 275, fremder 11,595. Englischer Mehl 20,651 Sack, fremdes 783 Sack und 3140 Faß.

London, 1. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Für sämtliche Getreidearten schleppendes Geschäft. Hafer fest, Mais eher billiger. — Wetter: Nachtfrost.

Liverpool, 2. Februar, Nachmittags. Baumwollene. (Schlußbericht.) Umsatz 10000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Amerik. Verschiffungen mehr angeboten, jedoch Preise unverändert.

Middl. Orleans 7 1/2, middling amerikan 7 1/2, fair Dhollerah 5 1/4, middl. fair Dhollerah 4 1/4, good middling Dhollerah 4 1/4, middl. Dhollerah 4 1/4, fair Bengal 4 1/4, fair Broach 5 1/2, new fair Domra 5 1/4, good fair Domra 5 1/4, fair Madras 5, fair Bernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8 1/2.

Liverpool, 2. Februar, Vormittags. Baumwolle (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10 000 Ballen. Stetig. Verschiffungen — Tagesimport 21,000 B., davon 3000 Ballen amerikanische, 8000 B. hind.

Paris, 2. Februar, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußber.) Weizen ruhig, pr. Febr. 24, 50, pr. März — April 24, 75, pr. Mai-August 25, 75, pr. Mai-Juni 25, 75. Roggen, pr. Februar —, —, pr. März-April —, —, pr. Mai-August —, —. Mehl weich, pr. Februar 52, 50, pr. März-April 53, 00, pr. Mai-August 54, 75, pr. Mai-Juni 53, 75, Rüböl weich, pr. Februar 74, 50, pr. März-April 75, 50, pr. Mai-August 76, 50, pr. September-Dezember 78, 25. Spiritus ruhig, pr. Februar 52, 75, pr. Mai-August 54, 25. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 2. Februar, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Schlußbericht. Weizen pr. Mai 267, pr. Nov. 277, Roggen pr. Oktober 184 pr. März —. Raps pr. Herbst —. —.

Glaskow, 2. Februar. Roheisen. Mixed numbers (warrant) 74 Sd. — d.

